



GEMEINDE MAINHAUSEN



Friedhofsordnung



Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.09.2016 (GVBl. I. S. 167) in Verbindung mit dem Friedhofs- und Bestattungsgesetz vom 05. Juli 2007 (GVBl. I S. 338, 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.08.2018 (GVBl. S 381), hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Mainhausen in der Sitzung vom 02.11.2021 für die Friedhöfe der Gemeinde Mainhausen folgende Änderung der Satzung (Friedhofsordnung) vom 29.06.2018, beschlossen:

Satzung (Friedhofsordnung)

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofsordnung gilt für die nachstehend genannten Friedhöfe der Gemeinde: Mainhausen

- a) Friedhof Mainflingen
- b) Friedhof „Alter Friedhof Zellhausen“
- c) Friedhof „Waldfriedhof Zellhausen“

§ 2 Friedhofsverwaltung

Die Verwaltung des Friedhofs- und Bestattungswesens obliegt dem Gemeindevorstand, im folgenden Friedhofsverwaltung genannt.

§ 3 Friedhofszweck

- (1) Die Friedhöfe dienen der Bestattung im Andenken an die Verstorbenen.
- (2) Zulässig ist die Bestattung von Personen, die
 - a) bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeinde Mainhausen waren
 - b) ein Recht auf Benutzung einer Grabstätte auf einem der Friedhöfe hatten oder
 - c) innerhalb des Gemeindegebietes verstorben sind,
 - d) die früher Einwohner/innen waren und zuletzt in einem Pflegeheim oder einer ähnlichen Einrichtung außerhalb der Gemeinde Mainhausen gelebt haben,
 - e) totgeborene Kinder vor Ablauf des sechsten Schwangerschaftsmonats und Föten können auf Wunsch eines Angehörigen bestattet werden.Die Bestattung von Personen, die bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeinde waren, erfolgt in der Regel auf dem Friedhof des Ortsteils, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten.
- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht.

§ 4 Schließung und Entwidmung des „Alten Friedhof“ Zellhausen

- (1) Ein Friedhof und Friedhofsteile können geschlossen, entwidmet oder ein Teilbelegungstopp erlassen werden.



- (2) Durch die Schließung sind weitere Bestattungen nicht möglich. Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofs als Ruhestätte der Toten verloren. Die Entwidmung ist erst mit Wirkung von dem Zeitpunkt an zulässig, zu dem sämtliche Ruhefristen der auf dem Friedhof vorgenommenen Beisetzungen abgelaufen sind.
- (3) Ab dem 31.12.2018 sind keine weiteren Sargbestattungen auf dem „Alten Friedhof Zellhausen“ mehr möglich. Die Entwidmung des Friedhofs ist für das Jahr 2043 vorgesehen.
Urnenerdbestattungen sind bis einschließlich 31.12.2027 in vorhandene Grabstellen noch zugelassen. Ab dem 01.01.2028 sind weitere Bestattungen, jeglicher Art ausgeschlossen.
- (4) Die vorhandenen Grabstätten können nur noch bis zum 31.12.2027 verlängert werden und dies höchstens bis zum 31.12.2042. Ab dem 01.01.2028 sind keine Verlängerungen der Grabstätten jeglicher Art mehr möglich. Der / Die Nutzungsberechtigte/n haben trotzdem die Kostenpflicht bei Grabräumung.

II. Ordnungsvorschriften

§ 5 Öffnungszeiten

Die Friedhöfe sind während der durch die Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten für den Besuch geöffnet. Die Öffnungszeiten werden durch Aushang an den Friedhofseingängen bekannt gegeben. Sonderregelungen können durch die Friedhofsverwaltung getroffen werden.

§ 6 Verhaltensvorschriften

- (1) Jede Friedhofsbesucherin oder jeder Friedhofsbesucher hat sich der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen des aufsichtsbefugten Friedhofspersonals ist Folge zu leisten. Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (2) Nicht gestattet ist innerhalb der Friedhöfe:
 - 1) Das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art, soweit nicht eine besondere Erlaubnis hierzu erteilt ist; ausgenommen von diesem Verbot sind Kinderwagen, Rollstühle und andere Gehhilfen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung,
 - 2) Waren aller Art und gewerbliche Dienste anzubieten,
 - 3) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - 4) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren oder zu filmen,
 - 5) Druckschriften zu verteilen. Ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern üblich sind,
 - 6) Friedhöfe und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen und zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten,
 - 7) Abraum und Abfälle aller Art außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze abzulegen,
 - 8) Tiere mitzubringen, ausgenommen helfende Hunde (z.B. Blindenhunde),
 - 9) Lärmen und Spielen.

Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck der Friedhöfe und der Friedhofsordnung vereinbar sind.



- (3) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens eine Woche vor Durchführung anzumelden.

§ 7 Gewerbliche Betätigung

- (1) Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof (insbesondere von Steinmetzen, Steinbildhauern, Gärtnern, Bestattern, Tischlern) bedürfen, soweit nicht Arbeiten in Auftrag der Friedhofsverwaltung durchgeführt werden, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.
- (2) Die Zulassung erfolgt auf Antrag. Zuzulassen sind Gewerbebetriebe, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und diese Friedhofsordnung durch Unterschrift für alle einschlägigen Arbeiten als verbindlich anerkannt haben.

Über den Antrag wird unverzüglich, spätestens innerhalb von 2 Wochen, nach Vorlage aller Unterlagen entschieden.

Mit Ablauf dieser Frist gilt die Zulassung als erteilt.

- (3) Die gewerblichen Tätigkeiten müssen mit dem Friedhofszweck vereinbar sein und dürfen Bestattungsfeierlichkeiten nicht stören.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung davon abhängig machen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller einen für die Ausführung ihrer oder seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.
- (5) Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte, die bei der Ausführung aller Arbeiten auf den Friedhöfen mitzuführen und den Aufsichtspersonen auf Verlangen vorzuzeigen ist.
- (6) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofsordnung zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit einer Tätigkeit auf den Friedhöfen verursachen.
- (7) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur werktags innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Arbeiten sind eine halbe Stunde vor Schließung des Friedhofs, spätestens um 19.00 Uhr, an Samstagen und Werktagen vor Feiertagen spätestens um 13.00 Uhr zu beenden. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
- (8) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in Ordnung zu bringen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.
- (9) Gewerbetreibende, die gegen diese Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Friedhofsverwaltung die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.



III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 8 Anzeigepflicht und Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen anzumelden.
- (2) a) Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
b) Soll eine Aschenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (3) Ort und Zeit der Bestattung werden durch die Friedhofsverwaltung festgelegt. Es werden Wünsche der für die Bestattung sorgspflichtigen Personen nach Möglichkeit berücksichtigt.
- (4) Bestattungen finden von Montag bis Freitag, 09.00 Uhr bis 17.00 Uhr, sowie samstags vormittags von 09.00 Uhr bis 11.00 Uhr statt.
In begründeten Fällen sind mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung Ausnahmen zulässig.

§ 9 Aufbahrung und Trauerfeier

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals oder mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Leichen müssen spätestens 36 Stunden nach dem Eintritt des Todes, jedoch nicht vor Ausfüllung des Leichenschauscheines in die Leichenhalle des Friedhofs oder eine sonstige öffentliche Leichenhalle gebracht werden.
- (3) Leichen sind in verschlossenen Särgen in die Leichenhalle zu verbringen. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist, sie dürfen nicht aus Metall, Kunststoff oder sonstigen schwer vergänglichen Stoffen hergestellt werden.
- (4) Die Särge werden spätestens 15 Minuten vor Beginn der Trauerfeier bzw. der Bestattungszeit geschlossen und dürfen nicht mehr geöffnet werden. Bis dahin können die Angehörigen die Verstorbene oder den Verstorbenen sehen, sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, nach vorausgegangener Absprache mit dem Friedhofspersonal oder der Friedhofsverwaltung.
- (5) Die Gemeinde haftet nicht für den Verlust von Wertgegenständen, die den Leichen beigegeben worden sind.
- (6) Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum (Friedhofskapelle), am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (7) Der Transport des Sarges zur Grabstätte erfolgt ausschließlich durch die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des beauftragten Beerdigungsinstitutes.



§ 10 Grabaushub und Ruhezeit

- (1) Die Gräber werden nur durch das beauftragte Unternehmen der Friedhofsverwaltung ausgehoben, geöffnet oder geschlossen.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Sargoberkante mindestens 0,90 m, bis zur Urnenoberkante mindestens 0,50 m.
- (3) Werden bei der Wiederbelegung einer Grabstätte beim Ausheben Leichenteile, Sargteile oder sonstige Überreste gefunden, so sind diese umgehend mindestens 0,30 m unter die Sohle des neuen Grabes zu verlegen.
- (4) Die Ruhefrist bis zur Wiederbelegung einer Grabstelle beträgt für Leichen 25 Jahre und Aschen 15 Jahre.

§ 11 Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden.
- (3) Umbettungen innerhalb der Gemeinde in den ersten Jahren der Ruhefrist sind nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses möglich.
- (4) Umbettungen aus einer Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte sind innerhalb der Gemeinde nicht zulässig.
- (5) Alle Umbettungen werden von der Friedhofsverwaltung bzw. durch von ihr beauftragte durchgeführt. Die Friedhofsverwaltung bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat die Antragsteller/In zu tragen.

IV. Grabstätten

§ 12 Arten der Grabstätten

- (1) Auf den Friedhöfen werden folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung gestellt:

Friedhof Mainflingen

- a) Reihengrabstätten, einstellige Grabstätte (§16; §17)
- b) Familiengrabstätten, mehrstellige Grabstätte (§ 19; § 20 Wahlgrabstätten)
- c) Tiefengrabstätten, einstellige Grabstätte für 2 Bestattungen (§ 21)
- d) Urnengrabstätten, pflegeleichte Urnenerdgrabstätten, mehrstellige Grabstätten (§ 22)
- e) Kindergräber

Friedhof „Alter Friedhof Zellhausen“

Es werden keine weiteren neuen Grabstätten mehr ausgewiesen, bestehende Nutzungsrechte bleiben unberührt.



Friedhof „Waldfriedhof Zellhausen“

- a) Reihengrabstätten, einstellige Grabstätte (§16; §17)
- b) Wahlgrabstätten, ein- und mehrstellige Grabstätte (§19, §20)
- c) Urnenwahlgrabstätten, pflegeleichte Urnenerdwahlgrabstätten, mehrstellige Grabstätten (§ 22)
- d) Gemeinschaftsgrabanlagen, für anonyme Urnenbestattungen
- e) Kindergräber

- (1) Weitere Formen von Grabstätten können, bei entsprechendem Bedarf, durch den Gemeindevorstand bereitgestellt werden.

§ 13 Nutzungsrechte

- (1) Die Nutzungsrechte an den möglichen Grabstätten können nur nach Maßgabe dieser Friedhofssatzung erworben werden. Sie sind öffentlich-rechtlicher Natur. Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers.
- (2) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechtes an einer bestimmten Lage.
- (3) Weitere Arten von Grabstätten können, bei entsprechender Nachfrage, durch den Gemeindevorstand beschlossen und eingerichtet werden.
- (4) Bei Streitigkeiten zwischen den Beteiligten über Rechte an Grabstätten, über die Verwaltung oder Gestaltung einer Grabstätte oder eines Grabmals kann die Friedhofsverwaltung bis zur gütlichen Einigung oder rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über diese Streitigkeiten die erforderlichen Regelungen treffen.

§ 14 Bestattung in Grabstellen

- (1) In jeder Grabstelle, bei Reihen- bzw. Reihengräbern für Kinder, darf grundsätzlich nur eine Erd- bzw. Urnenbestattung vorgenommen werden.
- (2) Bei Wahl-, Familien- und Tiefengräbern ist pro Stelle eine weitere zusätzliche kostenpflichtige Urnenerdbestattung möglich.
- (3) Es ist zulässig, eine mit ihrem neugeborenen Kind verstorbene Mutter oder zwei zur gleichen Zeit in ihrem ersten Lebensjahr verstorbene Kinder in einem Sarg beizusetzen.

§ 15 Verlegung von Grabstätten

Aus zwingenden Gründen des öffentlichen Rechts kann die Friedhofsverwaltung Grabstätten verlegen. Die Leichen oder Aschenreste sind in diesen Fällen in ein anderes Grab gleicher Art umzubetten. Grabmale und sonstige Grabausstattungen sind umzusetzen. Die Kosten gehen in diesen Fällen zu Lasten der öffentlichen Hand.

§ 16 Reihengrabstätten

Reihengrabstätten sind Grabstätten für eine Erdbestattung oder eine Urnenerdbestattung. Sie werden der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist des Bestattenden zugeteilt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an einer Reihengrabstätte oder eine Verlängerung des Nutzungsrechts ist nicht möglich.

Eine Veränderung der Grabstättenform ist ausgeschlossen.



§ 17 Nutzungsrechte und Abmessungen von Reihengräbern

- (1) Es werden eingerichtet:
 - a) Reihengräber für die Beisetzung Verstorbener bis zum vollendeten 5. Lebensjahr, mit einem Nutzungsrecht von 25 Jahren
 - b) Reihengräber für die Beisetzung Verstorbener ab vollendetem 5. Lebensjahr, mit einem Nutzungsrecht von 25 Jahren
- (2) Die Reihengräber haben folgende Maße:

Friedhof Mainflingen

Für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr

Länge: 1,00 m
Breite: 0,55 m
Abstand: 0,40 m

Für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr

Länge: 1,80 m
Breite: 0,75 m
Abstand: 0,35 m

Friedhof „Waldfriedhof Zellhausen“

Für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr

Länge: 1,00 m
Breite: 0,55 m
Abstand: 0,40 m

Für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr

Länge: 2,20 m
Breite: 1,20 m
Abstand: 0,50 m

§ 18 Wiederbelegung von Reihengräbern

- (1) Über die Wiederbelegung von Reihengrabstätten, für die die Ruhefrist abgelaufen ist, entscheidet die Friedhofsverwaltung.
- (2) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen vor der Wiederbelegung ist 6 Monate vorher öffentlich und / oder durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu machen.



§ 19 Wahlgrabstätten und Nutzungsrechte

- (1)
 - a) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für je eine Erdbestattung oder eine Urnenerdbestattung und eine zusätzliche kostenpflichtige Urnenerdbestattung.
 - b) Das Nutzungsrecht besteht für die Dauer von 25 Jahren.
 - c) Auf Verleihung eines Nutzungsrechts an einer Wahlgrabstätte besteht kein Rechtsanspruch.
 - d) Wünsche der Erwerberin oder des Erwerbers bezüglich der Lage der Wahlgrabstätte werden nach Möglichkeit berücksichtigt.
 - e) Der Ersterwerb eines Nutzungsrechts ist nur möglich anlässlich eines Todesfalles.
 - f) Das Nutzungsrecht kann in der Regel einmal wiedererworben oder verlängert werden. Der Wiedererwerb oder die Verlängerung sind nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Ein Rechtsanspruch auf Verlängerung oder Wiedererwerb besteht, mit Ausnahme der Verlängerung oder des Wiedererwerbs bezüglich eines nicht voll belegten Wahlgrabes, nicht.
- (2) Es werden ein- und mehrstellige Wahlgrabstätten für Erdbestattungen oder Urnenerdbestattungen abgegeben. Wenn alle Stellen belegt sind, kann, nach Ablauf einer Ruhefrist, in der betreffenden Grabstelle eine weitere Beisetzung erfolgen. Das Nutzungsrecht muss in jedem Fall an die laufende Ruhefrist angepasst werden.
- (3) Das Nutzungsrecht entsteht mit Aushändigung der Verleihungsurkunde. Die oder der Nutzungsberechtigte hat das Recht auf Beisetzung nach seinem Ableben sowie im Falle des Erwerbs einer mehrstelligen Wahlgrabstätte das Recht auf Beisetzung ihrer oder seiner verstorbenen Angehörigen in dem Wahlgrab.
Angehörige im Sinne dieser Bestimmung sind:
 1. Ehegatten,
 2. Verwandte auf- und absteigender Linie, angenommene Kinder und Geschwister,
 3. Ehegatten der unter Abs. 3 Nr. 2 bezeichneten Personen.

Die Beisetzung anderer Personen in dem Wahlgrab bedarf der Einwilligung der Friedhofsverwaltung.

- (4) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte kann nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung und nur auf Angehörige im Sinne des § 19 Abs. 3 übertragen werden.
- (5) Die Erwerberin oder der Erwerber eines Wahlgrabes soll für den Fall ihres oder seines Ablebens ihre Nachfolgerin oder seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Diese oder dieser ist aus dem in § 19 Abs. 3 aufgeführten Personenkreis zu benennen.
- (6) Anschriftenänderungen haben die Nutzungsberechtigten der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.
Wird keine oder eine andere Regelung getroffen, so geht das Nutzungsrecht in der in § 19 Abs. 3 genannten Reihenfolge auf die Angehörigen bzw. Erben der verstorbenen Erwerberin oder des verstorbenen Erwerbers über. Innerhalb der einzelnen Gruppen wird jeweils die oder der Älteste nutzungsberechtigt. Das gleiche gilt beim Tod einer oder eines Nutzungsberechtigten, auf den das Nutzungsrecht früher übergegangen war.

Jede Person, auf die ein Nutzungsrecht übergeht, kann durch Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung auf das Nutzungsrecht verzichten; dieses geht auf die oder den nächsten Angehörigen bzw. Erben in der in § 19 Abs. 3 genannten Reihenfolge über.



- (7) Das Recht auf Beisetzung in einer Wahlgrabstätte läuft mit der Nutzungszeit ab. Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung jedoch nur stattfinden, wenn die Ruhefrist für diese Beisetzung die Nutzungszeit nicht übersteigt oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist für diese Beisetzung erneut erworben worden ist.

§ 20 Abmessungen von Wahlgräbern

Die Grabstätte eines Wahlgrabes hat folgende Maße:

Friedhof Mainflingen

Familiengrab 2 Stellen

Länge: 2,00 m

Breite: 2,00 m

Abstand: 0,40 m

Alter Friedhof Zellhausen

Familiengrab 2 Stellen

Länge: 2,00 m

Breite: 2,00 m

Abstand: 0,40 m

Waldfriedhof Zellhausen

Familiengrab 2 Stellen

Länge: 2,20 m

Breite: 2,00 m

Abstand: 0,50 m

Mehrstelliges Wahlgrab 1 bis 4 Stellen
pro Grabstelle

Länge: 2,50 m

Breite: 1,20 m

Abstand: 0,40 m

§ 21 Nutzungszeiten und Abmessungen von Tiefengräbern

Tiefengrabstätten sind einstellige Grabstätten für zwei Erdbestattungen. Sie werden der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist des zu Bestattenden zugeteilt.

Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an einer Tiefengrabstätte oder eine Verlängerung des Nutzungsrechts ist möglich. Die Laufzeiten betragen 25 Jahre.

Die Tiefengrabstätten haben folgende Maße:

Friedhof Mainflingen

Länge: 2,00 m

Breite: 1,00 m

Abstand: 0,40 m.



§ 22 Abmessungen und Nutzungszeiten von Urnengrabstätten

- (1) Aschen (als Urnenerdbestattungen) dürfen nur als biologisch abbaubare Urnen beigesetzt werden in:
 - a) Gemeinschaftsgrabanlagen – für anonyme Bestattungen
 - b) Urnenwahlgrabstätten,
 - c) Grabstätten für Erdbestattungen.
- (2) Gemeinschaftsgrabanlagen sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist zur Beisetzung einer verrottbaren Urne abgegeben werden. Eine Verlängerung des Nutzungsrechts oder ein Wiedererwerb ist nicht möglich.
- (3) Urnenwahlgrabstätten sind für Urnenbestattungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 15 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstätte bestattet werden können, richtet sich nach der Größe der Grabstätte; die für eine Urne bestimmte Mindestfläche beträgt 0,24 m².
- (4) Urnenwahlgrabstätten können außer in Grabfeldern auch in Urnenwänden eingerichtet werden.
- (5) In Gemeinschaftsgrabanlagen sowie in Urnenwahlgrabstätten in Grabfeldern und in Grabstätten für Erdbestattungen können Aschenurnen nur unterirdisch beigesetzt werden.

Die Urnenerdgrabstätten haben folgende Maße:

Friedhof Mainflingen

Urnwahlgrabstätte	Neues Urnengrabfeld
Länge: 0,80 m	0,80 m
Breite: 0,60 m	0,80 m
Abstand: 0,30 m	0,30 m

Pflegeleichte Urnenerdwahlgräber

Länge: 0,40 m
Breite: 0,40 m
Abstand: 0,30 m

Waldfriedhof Zellhausen

Urnwahlgrabstätte
Länge: 1,20 m
Breite: 1,20 m
Abstand: 0,60 m

Pflegeleichte Urnenerdwahlgräber

Länge: 0,40 m
Breite: 0,40 m
Abstand: 0,30 m

Gemeinschaftsgrabanlage

Länge: 0,50 m
Breite: 0,50 m
Abstand: 0,30 m



§ 23 Vorschriften für Urnengräber

Die Vorschriften dieser Friedhofsordnung über Reihen- und Wahlgrabstätten für Erdbestattungen und Urnenerdbestattungen gelten für Urnengräber entsprechend, soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen über Aschenbeisetzungen nichts Abweichendes ergibt.

V. Gestaltung der Grabstätten

Es ist wünschenswert, dass Grabmale, Einfassungen oder sonstige Grabausstattungen eingebracht werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfung ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention¹⁸² hergestellt worden sind.

§ 24 Allgemeine Vorschriften

- (1) Auf den Friedhöfen werden in gleichwertiger Lage Grabfelder, für die die allgemeinen Gestaltungsvorschriften, und Grabfelder, für die zusätzliche Gestaltungsvorschriften gelten, eingerichtet.
- (2) Bei der Zuweisung einer Grabstätte bestimmt die Antragstellerin oder der Antragsteller, ob diese in einem Grabfeld mit allgemeinen oder in einem Grabfeld mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften liegen soll. Die Friedhofsverwaltung hat auf diese Wahlmöglichkeit vor dem Erwerb des Nutzungsrechtes hinzuweisen. Wird von dieser Wahlmöglichkeit nicht bei der Anmeldung der Bestattung Gebrauch gemacht, erfolgt die Bestattung grundsätzlich in einem Grabfeld, für das die allgemeinen Gestaltungsvorschriften gelten.
- (3) Gemeinschaftsgrabanlagen für anonyme / namenlose Urnenbestattungen ohne individuelle Gestaltungsmöglichkeiten.

§ 25 Gestaltungsvorschriften

Für sämtliche Friedhöfe gelten folgende allgemeine Gestaltungsvorschriften:

- (1) Jede Grabstätte ist unbeschadet der Anforderungen für Grabfelder mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften (§ 26) so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszeitweck sowie die Würde des Ortes und die Pietät gewahrt werden.
- (2) Auf den Grabstätten dürfen insbesondere zum Gedenken an die dort ruhenden Grabmale errichtet und sonstige Grabausstattungen angebracht werden. Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen aus wetterbeständigem Werkstoff hergestellt sein.
- (3) Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen standsicher sein.
- (4) Die Mindeststärke der Grabmale beträgt:
 - a) ab 0,40 m bis 1,0 m Höhe = 0,14 m Stärke,
 - b) ab 1,00 m bis 1,50 m Höhe = 0,16 m Stärke
 - c) ab 1,50 m Höhe = 0,18 m Stärke.
- (5) Firmenbezeichnungen dürfen nur an Grabmalen, und zwar in unauffälliger Weise seitlich angebracht werden.



§ 26 Beschaffenheit von Grabmalen

- (1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen in Grabfeldern mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften müssen in Gestaltung und Verarbeitung nachstehenden Anforderungen entsprechen:
 - a) Für Grabmale dürfen nur Natursteine, Holz und geschmiedetes oder gegossenes Metall verwendet werden.
 - b) Nicht zugelassen sind alle vorstehend nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Gold, Silber und Farben.
- (2) Auf Grabstätten für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:
 - a) auf Wahlgrabstätten:
 - 1) stehende Grabmale:
 - aa) bei einstelligen Wahlgräbern im Hochformat:
Höhe : bis 1,20 m,
Breite : bis 0,60 m,
Mindeststärke: 0,16 m;
 - bb) bei zwei- und mehrstelligen Wahlgräbern sind auch folgende Maße zulässig:
Höhe : bis 1,20 m,
Breite : bis 1,40 m,
Mindeststärke: 0,16 m;
 - 2) liegende Grabmale:
 - aa) bei einstelligen Grabstätten:
Breite : bis 0,50 m,
Länge : bis 0,90 m,
Mindeststärke: 0,16 m;
 - bb) bei zweistelligen Grabstätten:
Breite: bis 1,00 m,
Länge: bis 1,20 m,
Mindeststärke 0,16 m;
 - cc) bei mehr als zweistelligen Grabstätten:
Breite: bis 1,20 m,
Länge: bis 1,20 m,
Mindeststärke: 0,16 m.
- (3) Auf Urnengrabstätten sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:
 - 1) stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss
max.: 0,40 m x 0,40 m,
Höhe: bis 1,00 m;
stehende Grabmale mit rechteckigem Grundriss
Breite: bis 0,50 m
Höhe: bis 0,80 m;
 - 2) liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 1,20 m x 1,20 m,
 - 3) liegende Grabmale mit rechteckigem Grundriss 0,80 m x 0,60 m.



- (4) Die Bestimmungen des Abs. 1 gelten sinngemäß auch für sonstige Grabausstattungen.

§ 27 Errichtung und Veränderung

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen und Grabeinfassungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ohne Zustimmung sind bis zur Dauer von 6 Monaten nach der Bestattung provisorische Grabmale als Holztafeln bis zur Größe von 15 x 30 cm, Holzkreuze und Grabumrandungen zulässig.
- (2) Die Zustimmung ist unter Vorlage von Zeichnungen in doppelter Ausfertigung im Maßstab 1:10 zu beantragen. Auf dem Antrag und den Zeichnungen müssen alle Einzelheiten der Anlage, insbesondere Art und Bearbeitung des Werkstoffs sowie Inhalt, Form und Anordnung der Inschrift ersichtlich sein. Auf Verlangen sind Zeichnungen in größerem Maßstab oder Modelle vorzulegen.
- (3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen Grabausstattungen, die auf Dauer angebracht werden sollen, wie Weihwassergefäße, Kerzenhalter, besondere Steine für Inschrift usw., bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Abs. 2 gilt entsprechend.
- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal, die Grabeinfassung oder die sonstige Grabausstattung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Zustimmung errichtet worden sind.
- (5) Ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Friedhofsverwaltung errichtete oder mit den vorgelegten Zeichnungen und Angaben nicht übereinstimmende Anlagen müssen entfernt oder den Zeichnungen und Angaben entsprechend verändert werden. Die Friedhofsverwaltung kann, die für ein Grab Sorgepflichtige oder Nutzungsberechtigte oder den für ein Grab Sorgepflichtigen oder Nutzungsberechtigten schriftlich auffordern, innerhalb angemessener Frist die Anlage zu entfernen oder zu verändern. Wird der Aufforderung nicht rechtzeitig Folge geleistet, so kann die Anlage im Wege der Ersatzvornahme durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden. Die dadurch entstehenden Kosten sind vom Verpflichteten zu erstatten.

§ 28 Prüfung von Grabmalen

- (1) Für die Erstellung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabmalanlagen gilt die „Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen“ (TA Grabmal), der Deutschen Naturstein-Akademie, Gerberstraße 1, 56727 Mayen, Ausgabe August 2006.
- (2) Die Inhaberin und Nutzungsberechtigte oder der Inhaber und Nutzungsberechtigte von Grabstellen sind verpflichtet, die Anlagen auf den Grabstellen im Jahr mindestens zweimal, und zwar einmal im Frühjahr, nach Beendigung der Frostperiode, und zum anderen im Herbst, auf ihre Standfestigkeit hin fachmännisch zu überprüfen oder auf ihre Kosten durch Fachleute überprüfen zu lassen, gleichgültig, ob äußerliche Mängel erkennbar sind oder nicht. Dabei festgestellte Mängel sind unverzüglich auf eigene Kosten zu beseitigen oder beseitigen zu lassen. Inhaberinnen oder Inhaber und Nutzungsberechtigte von Grabstellen, welche diesen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommen, haften für sich daraus ergebende Schäden.



- (3) Wird der ordnungswidrige Zustand eines Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Die Gemeinde ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.
Bei unmittelbar drohender Gefahr ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich.
- (4) Künstlerische oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofs erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen.
Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und -Pflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmung zu beteiligen.

§ 29 Grabentfernung

- 1) Grabmale, Grabeinfassungen und sonstige Grabausstattungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit mit vorheriger Beantragung und Zustimmung der Friedhofsverwaltung von der Grabstelle entfernt werden.

Nach Ablauf der Ruhefrist und / oder der Nutzungszeit von Grabstätten werden die vorhandenen Grabmale, Einfassungen und sonstige Grabausstattungen kosten-pflichtig durch die Gemeinde Mainhausen entfernt. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, ein Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Grabmale oder bauliche Anlagen gehen entschädigungslos in das Eigentum der Gemeinde über, soweit dies bei Erwerb des Nutzungsrechts oder bei Genehmigung für die Errichtung des Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen schriftlich vereinbart wurde. Ist eine derartige Vereinbarung nicht getroffen worden, kann die Friedhofsverwaltung entsprechend den Vorschriften der §§ 383 ff. BGB verfahren.

Der Nutzungsberechtigte / Antragsteller hat die entstehenden Kosten der Grabentfernung zu tragen. Eine Entfernung von Grabmalen durch Nutzungsberechtigte oder beauftragte Dritte, welche nicht die Gemeinde Mainhausen ist, wird nicht gestattet und entbindet nicht von der Gebührenpflicht.

- 2) Sollte bei Ablauf einer Ruhefrist / Nutzungszeit kein Nutzungsberechtigter bekannt sein wird dies über Veröffentlichung in einem öffentlichen Bekanntmachungsorgan bekannt gegeben. Nach Ablauf der Meldefrist von 3 Monaten wird die Grabstätte durch die Gemeinde geräumt.

VI. Herrichtung, Bepflanzung und Unterhaltung der Grabstätten

§ 30 Allgemeine Vorschriften

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 24 hergerichtet und dauernd instandgehalten werden.



- (2) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Das Pflanzen von Bäumen, großwüchsigen Sträuchern und Hecken ist nicht gestattet. Für Schäden, die durch auf einer Grabstätte gepflanzte Bäume, Sträucher, Hecken oder ähnliche Anpflanzungen an Grabmalen, Grabeinfassungen oder sonstigen Grabausstattungen benachbarter Grabstätten oder an öffentlichen Anlagen und Wegen verursacht werden, haften die Nutzungsberechtigten der Grabstätte, deren Bepflanzung die Schäden verursacht.
- (3) Auf den Grabstätten dürfen nur Kränze, Grabgebinde oder ähnlicher Grabschmuck abgelegt werden, die ausschließlich unter Verwendung von verrottbaren Materialien hergestellt sind.
- (4) Verwelkte Blumen und Kränze sind durch die Nutzungsberechtigten von den Grabstätten zu entfernen. Geschieht dies nicht, so kann die Friedhofsverwaltung nach angemessener Frist die Blumen und Kränze ohne Ankündigung beseitigen. Blumen und Kränze sowie sonstiger von Grabstätten abgeräumter pflanzliche Grabschmuck darf nur in die eigens dafür aufgestellten Behältnisse bzw. den dafür eingerichteten Plätzen abgelegt werden.
- (5) Zur Unkrautbekämpfung dürfen keine Mittel verwendet werden, die eine Grundwasserverunreinigung verursachen können.
- (6) Das Abstellen von Blumenschmuck, Blumenschalen oder ähnlichen, oberhalb und unterhalb der Urnenwände ist nicht gestattet. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt diese zu entfernen und zu entsorgen. Für entfernte Schalen, Vasen oder ähnliches übernimmt die Friedhofsverwaltung keine Entschädigungszahlung.

Eine Ausnahme gewährt die Friedhofsverwaltung in der Zeit von Allerheiligen bis Totensonntag. Sofern Abstellmöglichkeiten für Grablichter vorhanden sind, dürfen diese auch nur dort abgestellt werden. Grablichter welche nicht in den dafür vorgesehenen Gefäßen abgestellt werden, können von der Friedhofsverwaltung entsorgt werden. Ein Anspruch auf Entschädigungszahlung besteht nicht.
- (7) Für die pflegeleichten Urnenerdgrabstätten werden Ablageplätze für Blumenschmuck, Kerzen oder ähnlichen vorgesehen. Eine Ablage von Gegenständen direkt an der Grabstätte ist, außer bei Bestattungen, ganzjährig nicht erlaubt.

§ 31 Frist für Herrichtung einer Grabstätte

Reihen und Urnenreihengrabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung, Wahl- und Urnenwahlgrabstätten innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts bzw. der zuletzt vorgenommenen Beisetzung hergerichtet werden. Werden die Grabstätten während der Dauer der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts über einen längeren Zeitraum nicht entsprechend den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung in friedhofswürdiger Weise instandgehalten und gepflegt, so ist der oder dem Nutzungsberechtigten schriftlich eine angemessene Frist zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten zu setzen. Nach erfolglosem Ablauf der Frist zur Instandhaltung und Pflege der Grabstätte kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte abräumen, einebnen und einsähen lassen.



VII. Schluss- und Übergangsvorschriften

§ 32 Allgemeine Vorschriften

Bei Grabstätten, über welche die Gemeinde bei In-Kraft-Treten dieser Friedhofsordnung bereits verfügt hat, bestimmt sich die Nutzungsdauer und die Gestaltung nach den zum Zeitpunkt des Erwerbs des Nutzungsrechts geltenden ortsrechtlichen Vorschriften. Vor dem In-Kraft-Treten dieser Satzung entstandenen Nutzungsrechte von unbegrenzter Dauer werden je nach Grabart auf die nach dieser Satzung für Reihengräber bzw. Wahlgräber geltende Nutzungszeit begrenzt. Die Nutzungszeit endet jedoch nicht vor Ablauf der Ruhefrist der zuletzt vorgenommenen Beisetzung; ist die Ruhefrist für die zuletzt vorgenommene Beisetzung bereits abgelaufen, endet die Nutzungszeit 12 Monate nach In-Kraft-Treten dieser Satzung.

§ 33 Aufstellen von Sitzgelegenheiten

Ruhebänke und Stühle sowie sonstige Sitzgelegenheiten dürfen nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung an oder auf Grabstätten aufgestellt werden.

§ 34 Register

- (1) Es werden folgende Listen geführt:
 - a) Ein Grabregister der beigesetzten Personen mit den laufenden Nummern der Reihengräber, der Wahlgräber und der Aschengrabstätten,
 - b) eine Namenskartei der beigesetzten Personen unter Angabe des Beisetzungszeitpunktes,
 - c) ein Verzeichnis nach § 27 Abs. 1 dieser Friedhofsordnung.
- (2) Zeichnerische Unterlagen, Gesamtpläne, Belegungspläne und Grabmalentwürfe sind von der Friedhofsverwaltung zu verwahren.

§ 35 Friedhofsgebühren

Für die Benutzung des Friedhofs und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 36 Haftung

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten.

§ 37 Ordnungswidrigkeit

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. außerhalb der gem. § 5 festgelegten Öffnungszeiten den Friedhof betritt oder sich dort aufhält,
 2. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 1 Friedhofswege ohne Erlaubnis mit einem Fahrzeug befährt,
 3. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 2 Waren oder gewerbliche Dienste anbietet,
 4. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 3 an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt,



5. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 4 ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig fotografiert,
 6. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 5 Druckschriften verteilt,
 7. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 6 den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt oder Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise betritt,
 8. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 7 Abraum und Abfälle außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze ablegt,
 9. entgegen § 6 Abs. 2 Nr. 8 Tiere mitbringt,
 10. entgegen § 7 Abs. 1 gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof ohne vorherige Zulassung durch die Friedhofsverwaltung ausführt,
 11. entgegen § 7 Abs. 7 gewerbliche Arbeiten an Sonn- oder Feiertagen oder außerhalb der festgelegten Zeiten ausführt,
 12. entgegen § 7 Abs. 8 Werkzeuge und Materialien außerhalb genehmigter Stellen lagert oder gewerbliche Geräte an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs reinigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von 10,00 € bis 2.000,00 €, bei fahrlässiger Zuwiderhandlung bis 1.000,00 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Gemeindevorstand.

§ 38 Inkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01.01.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Friedhofsordnung vom 29.06.2018 außer Kraft.

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem hierzu ergangenen Beschluss der Gemeindevertretung vom 02.11.2021 übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Die Änderung der Satzung wird zum 01.01.2022 wirksam.
§ 32 bleibt unberührt.

Mainhausen, den 25.11.2021

Gemeindevorstand der Gemeinde Mainhausen

Frank Simon, Bürgermeister